



ZUKUNFT
MITTE

Datum: 01.12.2025
Autor: Peter Bickel
Kategorien: Demokratie & Gesellschaft, Populismus & Verantwortung
Tags: Diskurs, Handlungsmacht, Koalition, Mitte, Populismus, Verantwortung, Zusammenhalt

Wenn die Rentendiskussion einen Staatsstreich vermuten lässt

„Ein Kommentar über politische Amnesie, fehlende Verantwortung – und die Frage, was die Mitte jetzt schützen muss.“

Es wirkt, als habe es in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten einen stillen, unsichtbaren Staatsstreich gegeben. Anders lässt sich die Heftigkeit der aktuellen Rentenempörung kaum erklären. Die Lautstärke, mit der Junge Union, Wirtschaftsvertreter und Teile der Rentenlobby auf die Vorschläge der Bundesregierung reagieren, erweckt den Eindruck, als habe irgendwann eine fremde Macht das Parlament übernommen, als seien seit Jahrzehnten Kräfte am Werk, die gegen Bürger und Parlament handeln.

Doch es gab keinen Staatsstreich.

Alle Reformen – und vor allem alle unterlassenen Reformen – waren demokratisch legitimiert. Jahrzehntlang.

Die Rentenpolitik ist kein Werk einer Partei, keiner Regierung, keiner Generation. Sie ist das gemeinsame Erbe aller großen politischen Lager – einschließlich jener, die heute am lautesten skandalisieren.

Politische Amnesie: Wenn jahrzehntelange Verantwortung plötzlich geleugnet wird

Es ist erstaunlich, wie schnell man vergisst: Die Rentenpolitik der letzten 30–40 Jahre wurde von CDU/CSU, SPD, FDP, Grünen – und den jeweiligen Wählern – getragen.

- Jede Regierung war demokratisch gewählt.
- Jedes Rentenkonzept war bekannt.
- Jedes Verschieben, Verdrängen und Unterlassen war politischer Konsens. Über Jahrzehnte.

Heute so zu tun, als müsse **diese eine Bundesregierung** nun im Handstreich alles korrigieren, was über Jahrzehnte nicht angefasst wurde, ist unanständig.

Und gefährlich. Denn es verschleiert die eigentliche Wurzel:



ZUKUNFT
MITTE

**Wir alle wollten die schmerzhaften Wahrheiten nicht hören.
Und alle Parteien hatten Angst, sie auszusprechen.**

Besonders irritierend ist die SPD. Sie ist zwar zur Kleinpartei geschrumpft, trägt aber weiterhin staatstragende Verantwortung für die gesellschaftliche Mitte.

Ihre lauten, kompromisslosen Parolen verstören zutiefst. Und wer dachte, Saskia Esken sei bereits ein politischer Sargnagel, der hat die ganze Nagelkiste von Bärbel Bas noch nicht gesehen.

Statt sich mit der CDU in einen Kompromiss der Stärke zu flüchten, betreibt man Lobbypolitik für eine Klientel, die längst an radikale Alternativen verloren ist.

Das verstärkt die Schiefelage weiter.

Die Junge Union: Zwischen Boulevard-Posen und Realitätsverweigerung

Besonders befremdlich ist der Ton der Jungen Union – als seien ihre Akteure unbeteiligte Beobachter, frei von jeder Verantwortung.

Dabei gehören viele dieser Kader zu einer Generation, die:

- mehrfach gewählt hat,
- Eltern mit jahrzehntelanger Regierungsbeteiligung hat,
- von der systematischen Verdrängung unangenehmer Wahrheiten selbst profitiert hat.

Zu behaupten, man müsse jetzt „den Hammer schwingen“, ist pure Überheblichkeit.

Es klingt nach politischem Pubertieren: laut, selbstgewiss, faktenarm. Eine Attitüde, die kaum Abgrenzung zu jenen Alternativen zeigt, die wenigstens beim Erfinden alternativer Fakten über Übung verfügen.

Deutschland braucht junge Verantwortungsträger.

Was es nicht braucht, sind Nachwuchs-Boulevardpolitiker, die Empörung für Substanz halten.

Die radikalen Ränder: Wer Empörung sät, schafft ihre Bühne

Während die Mitte ringt, haben die Ränder längst ihre Parolen verteilt:

- 70% Rentenniveau!
- Sofortige Erhöhungen!



ZUKUNFT MITTE

- Volle Versorgung ohne Finanzierung!
- Der Staat soll's richten!

Populistische Schlaraffenlandpolitik ist einfach – sie muss nie erklären, wer die Rechnung bezahlt.

Fatal ist: Teile der Union treiben die Debatte selbst in diese Richtung, indem sie jeden Kompromiss skandalisieren.

So entsteht genau jene Bühne, auf der Populisten ihre Märchen aus „1000 und einer Nacht“ zelebrieren.

Die verschwiegenen Wahrheiten: Deutsche Einheit und der Preis der Solidarität

Rentenpolitik ohne Ehrlichkeit über die Einheit ist nicht möglich. Millionen Menschen aus Ostdeutschland haben wenig oder nichts in das westdeutsche System eingezahlt – und wurden dennoch im Zuge der Wiedervereinigung gleichgestellt.

Die Schuldzuweisungen aus diesen Regionen an Migranten, angeblich verantwortlich für den Zustand des Sozialstaats, sind deshalb besonders unsinnig.

Eines muss klar sein: Die Entscheidungen der Wiedervereinigung waren

- richtig,
- notwendig,
- alternativlos,
- ein Akt nationaler Würde und Solidarität.

Aber sie waren eben auch teuer. Das gehört zur Wahrheit. Und das ist kein Angriff – es ist die Anerkennung, dass Rente nie nur Mathematik ist, sondern Ausdruck solidarischer Verantwortung.

Wer diesen Teil verschweigt, betreibt Geschichtsvergessenheit oder bewusste Manipulation.

Der Regierungs-Kompromiss: Kein großer Wurf– aber ein notwendiger Anfang

Der Vorschlag der Bundesregierung ist kein Meisterstück. Aber er ist:

- realistisch,
- finanzierbar,
- politisch mehrheitsfähig.



ZUKUNFT MITTE

In einem System, das jahrzehntelang auf Verschleiß gefahren wurde, ist ein kleiner Schritt nach vorn bereits ein Fortschritt.

Dieser Kompromiss ist nicht die Lösung.

Aber er ist **der Anfang einer Lösung** – und das zählt. Für das Land, die Märkte, die Mittelschicht.

Was die Mitte jetzt tun muss: Fünf Prinzipien für Stabilität und Ehrlichkeit

1. Verantwortung ist kumulativ – nicht delegierbar

Die Fehler der Vergangenheit gehören allen. Nur wer das anerkennt, kann Lösungen entwickeln.

2. Kontinuität statt Empörungsrituale

Ständige Alarmismen zerstören die Grundlage der demokratischen Mitte.

3. Ehrlichkeit statt Versteckspielen

- Ja, es wird teurer.
- Ja, es wird eine belastende Übergangsphase geben.
- Ja, wir brauchen mehr Eigenvorsorge.

Alles andere zu behaupten, ist feige.

4. Solidarität ist ein Systemwert, kein Kostenfaktor

Demografie, deutsche Einheit, soziale Stabilität – das ist staatstragend, nicht marktfähig.

5. Reformbereitschaft statt Reform-Schauspiel

Wer Reformen fordert, muss sie politisch tragen, finanziell erklären und kommunikativ durchhalten.

Schlussfolgerung: Die Mitte darf nicht zum Spielball werden

Wenn die Mitte sich zerlegt, übernehmen die Ränder den Diskurs. Wenn sie sich in boulevardhaften Empörungswellen verliert, verliert sie ihre Glaubwürdigkeit.

Wenn sie nicht mehr für Verantwortung, Kontinuität und Ehrlichkeit steht – ist sie keine Mitte mehr.

Mitte heißt nicht „die da oben“. Mitte sind wir alle.

Und wer Politik wählt, wählt auch Prioritäten.



ZUKUNFT MITTE

Wenn die Neuaufstellung des Rentensystems wichtig ist, wird sie Wahlkampfthema.

Dann dürfen wir aber nicht die Überbringer schlechter Nachrichten bestrafen.

Das Rentensystem war nie nur Mathematik. Es war immer Ausdruck dessen, wer wir als Gesellschaft sein wollen.

Heute sollten wir wieder anfangen, uns wie eine Gesellschaft zu verhalten –

nicht wie ein Kommentarbereich.

Ein Appell an alle: Parteien, Verbände, Organisationen – und die Bürger.

Bleiben Sie in der Mitte.

Bleiben Sie realistisch – im Handeln und in der Erwartung.